



Gesunde Religionskritik relativiert den Wahrheitsanspruch von Religionen

Muslimische Religiosität schliesst die Anerkennung des säkularen Staates nicht aus

AMIR DZIRI

Staat, Gesellschaft und Religion bilden keine Sinneinheit mehr. Die Zugehörigkeit des Individuums zum Staat zeigt sich weitgehend unabhängig von Merkmalen wie Sprache, Kultur, Religion oder Ethnie. Dem Staat kommt heute primär die Aufgabe der Herrschaftsorganisation zu, sein Verhältnis zur Gesellschaft zeichnet sich vor allem durch die Gewährleistung grundrechtlicher Schutzgarantien aus.

Die weltanschauliche Neutralität des Staates bedeutet, dass er gegenüber Religionen und Weltanschauungen eine respektvolle, aber klare Distanz bewahrt. Damit schafft er allerdings kaum werthaltige Bindungskräfte, über die sich eine Gesellschaft kollektiv zusammengehörig fühlt.

Vor dem Hintergrund dieses Arguments hatte der deutsche Verfassungsrechtler Ernst-Wolfgang Böckenförde vier Möglichkeiten gesehen, um eine vorrechtliche Begründung der Freiheitsordnung zu legitimieren: zivilreligiöse, sozioökonomische, biologisch-naturale oder kulturell-mentale Quellen. Er sprach sich bekanntermassen für eine kulturell-mentale Begründung aus, als deren wichtigstes Element er das christliche Ferment betrachtete.

Notwendigkeit der Kritik

Aber unterläuft Böckenförde hier nicht eine wesentliche Verwechslung? Die Kirchen können für sich mit Sicherheit beanspruchen, eine demokratisch-säkulare Ordnung im Nachkriegseuropa stabilisiert zu haben. Ihre ursächliche Begründung ist allerdings gerade einem Abwehrkampf gegen den Suprematienanspruch von Religion zu verdanken.

Und überhaupt: Streiten Christen und Muslime gerade ernsthaft darüber, wer säkularer ist? Um dem vermeint-

lichen Sieger wiederum grössere Gestaltungsmacht in der derzeitigen Gesellschaft zuzusprechen? Die ursächliche Begründung des demokratisch-säkularen Staates kann nicht in gleich welcher religiösen Tradition gesucht werden. Zu glauben, dass die Bejahung des säkularen Staates ein religiöses Gebot sein müsse, ob von Christen oder Muslimen gefordert, wäre das Eingeständnis eines Machtanspruches von Religion.

Es ist daher nur bezeichnend, wenn religiöse Wortführer gleich welcher Couleur darauf beharren, ein vermeintlich vorherrschendes Wertevakuum mit wiederentdeckter religiöser Tradition füllen zu wollen. Die Begründung des säkularen Staates kann nur durch eine philosophisch anhand von Menschen- und Freiheitsrechten vorgebrachte Religionskritik erfolgen, anders als seine mögliche Stabilisierung durch religiöse Interpretation.

Nur die Kritik an Religion kann zur Einsicht führen, dass die Wahrheitsansprüche von Religionen relativ sind und dass sie daher Freiheitsräume anderer um ihrer eigenen Freiheitsräume willen respektieren müssen. Eine gesunde Religionskritik bedeutet aber auch, Religiosität als Lebensweise anzuerkennen: Religiös-Sein, insbesondere Muslimisch-Sein, ist keine Pathologie, die auf zivilisationsmissionarische Heilung wartet.

Die Konjunktur der Böckenförde-Rezeption ist an sich ein Alarmsignal. Sie lenkt den Fokus weg von verantwortlicher Religionspolitik, hin zu einer unheilvollen Diskussion über angeblich vorhandene oder nicht vorhandene kulturelle und religiöse Dispositionen. Bereits mit Blick auf die Kulturkritik der 1970er Jahre bemerkt Jürgen Haber-

mas: «Die Krisenursachen werden nicht in der Funktionsweise der Ökonomie und des Staatsapparates gesucht, sondern in kulturell bedingten Legitimationsproblemen, überhaupt in dem gestörten Verhältnis von Demokratie und Kultur, ausgelöst durch das Fehlen einer durch Tradition und Wertekonsens getragenen, gegen Leistungsschwankungen immunisierten Zustimmung- und Folgebereitschaft.»

Zur Mehrsprachigkeit finden

Wie positionieren sich Muslime zu diesen Fragen? Der einzig sachdienliche Hinweis liegt darin, anzumerken, dass sie womöglich andere Voraussetzungen im Hinblick auf diese Fragen haben als andere. Dass Menschen, die aus unterschiedlichen kulturellen Kontexten kommen, andere Verständnisse von Staat, Gesellschaft und Religion haben können, ist natürlich; das ist bereits innereuropäisch der Fall.

Liberalen und autoritären Grundeinstellungen sind allerdings globale Phä-

Liberalen und autoritären Grundeinstellungen sind globale Phänomene

und daher gerade nicht kulturspezifisch.

nomene und daher gerade nicht kulturspezifisch. Das zeigt sich unter anderem daran, dass sich auch innerhalb von Gesellschaften mit muslimischer Mehrheit eklatante Unterschiede auftun. Die Annahme, Muslime seien durch ihre religiöse Zugehörigkeit auf ein bestimmtes Verständnis von Staat und Gesellschaft

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 96'109
Parution: 6x/semaine



Page: 36
Surface: 94'477 mm²

**UNI
FR**

**UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG**

Ordre: 1086479 Référence: 75132915
N° de thème: 377.021 Coupure Page: 2/3

festgelegt, widerspricht aller geschichtlichen und aktuellen Wirklichkeit.

Unter den tatsächlich bestehenden Herausforderungen für Muslime selbst fungiert zuvorderst erstens die Art der Artikulation von politischen Bedürfnissen, zweitens der Umgang mit religiöser Normativität. Die erste Herausforderung hängt mit der Kontinuität religiöser Sprache zusammen, die vor allem im arabischsprachigen Raum vorzufinden ist. Die religiöse Sprache ist vielfach gleichzeitiges Mittel zur Formulierung von Gesellschafts- und Herrschaftskritik. In der Folge fehlt es an alternativer Sprache, die es ermöglicht, in anderer als religiöser Rhetorik zu sprechen, wenn dezidiert politische Sachverhalte gemeint sind.

Für externe Betrachter erzeugt dies den Eindruck einer geistigen Geschlossenheit, in der alle Bereiche des politischen Gefüges religiös durchtränkt erscheinen. In der politischen Kultur Europas hat sich dagegen eine philosophische Sprache etabliert, die es erlaubt, in relativer Autonomie von christlicher Sprachsymbolik politische Anliegen zu formulieren. Für europäische Muslime ist es daher wichtig, «mehrsprachig» zu sein und ihre bürgerlichen Bedürfnisse auch jenseits religiös aufgeladener Sprache zum Ausdruck zu bringen.

Neue Markierungen

Die zweite Herausforderung religiöser Normativität verlangt von Muslimen, Möglichkeiten der theologischen und praktischen Interpretation zu finden, die es erlauben, dass individuelle Freiheitsbereiche – sei es von Muslimen selbst, die anders leben wollen, oder von Menschen, die nichts mit ihrer Religion zu

tun haben wollen – respektiert werden. Der Weg dorthin ist offen: Bereits heute zeichnen sich integrative Islamverständnisse ab, die diesen Herausforderungen schrittweise Rechnung tragen.

Dass es daneben antieuropäische und islamisch begründete Ideologien gibt, die die liberal-säkulare Ordnung als Gegner ausmachen, ist reichlich bekannt. Andererseits sind starke Säkularisierungsprozesse unter Muslimen belegt, die allerdings in der Öffentlichkeit wenig auffallen, da sie dann nicht mehr unter der Kategorie Islam wahrgenommen werden.

In der Öffentlichkeit wird derzeit viel über eine Wiederkehr der Religionen gerätselt. Dabei bleibt oftmals unbemerkt, dass es nicht eine etwaige Zunahme von Frömmigkeit ist, die sich einstellt, sondern ein Wechsel in der Betrachtungsweise. Was vor einigen Jahrzehnten unter den Begriffen Chancengleichheit, Bildungsgerechtigkeit oder Sozial- und Arbeitsmarktintegration verhandelt wurde, wird neu unter identitätspolitischen Markierungen ausgefochten. Solche Markierungen setzen kulturalistische Essenzialisierung voraus, anders können sie nicht funktionieren.

Für einen grossen Teil der arbeitsmigrantischen Milieus führte die Einsicht, in Europa eine neue Heimat zu finden, gleichzeitig zu Prozessen der sozialen Selbstbehauptung. Dieses Bedürfnis drückt sich in den Nachfolgenerationen manchmal so aus, dass man sich in der Öffentlichkeit dezidiert als islamisch zu erkennen gibt, und zwar in durchaus überzeichnetem Gestus und Habitus.

Das europäische Versprechen

Die Provokation und ostentative Demonstration der Religion in der Öffentlichkeit ist gerade Zweck dieser sozialen Selbstbehauptung. Er wird von der Gesellschaft jedoch nicht als solcher erkannt, sondern als zusätzlicher Beweis einer mit aller Macht in die säkulare Öffentlichkeit vordringenden religiösen Ideologie wahrgenommen. Die wechselseitige Missdeutung von Motiven verstärkt kulturalistische Projektionen des anderen.

Die Diskussion um die spezifischen Voraussetzungen von Muslimen in liberal-säkularen Gesellschaften erhält ihre Berechtigung durch das Vorhandensein unterschiedlicher politischer Kulturen in Herkunftsländern oder in tatsächlich gesellschaftsrelevanten religiösen Interpretationen. Gleichzeitig sind diese Voraussetzungen, mit denen Muslime ihre Umwelt wahrnehmen, selbst Produkt einer globalen Moderne; Muslime sind folglich Teil, sowohl im Guten wie auch im Schlechten, ebendieser Moderne und nicht ihre notwendige Antithese.

Eine Einschränkung von demokratischen Partizipationsrechten aufgrund einer pauschal vermuteten religiösen oder kulturellen Unverträglichkeit wäre das Ende des Prinzips der Grundrechtsgleichheit und der Wiederbeginn der Ständeordnung. Das europäische Versprechen von Freiheit und Gleichheit bemisst sich zu Recht nicht an Religionszugehörigkeit, sondern an der Qualität sozialer Beziehungen sowie am Bestreben, Ungleichheit zwischen den Bürgern zu reduzieren.

Amir Dziri ist Professor für Islamische Studien und Co-Direktor des Islamzentrums an der Universität Freiburg.

Neue Zürcher Zeitung

Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
<https://www.nzz.ch/>

Genre de média: Médias imprimés
Type de média: Presse journ./hebd.
Tirage: 96'109
Parution: 6x/semaine



Page: 36
Surface: 94'477 mm²

**UNI
FR**

**UNIVERSITÉ DE FRIBOURG
UNIVERSITÄT FREIBURG**

Ordre: 1086479 Référence: 75132915
N° de thème: 377.021 Coupure Page: 3/3



Muslime sind Teil der Moderne und nicht ihre notwendige Antithese.

HENRY NICHOLLS / REUTERS